

Gemeinsame Stellungnahme der Interessengemeinschaft Betroffener sexualisierter Gewalt in der EKD zur Synode der EKD am 8. November 2021 in Bremen

**Sehr geehrte Präses,
Sehr geehrte Synodale,
Sehr geehrter Herr Bischof Meyns,**

mein Name ist Nancy Janz und ich spreche im Namen der Interessengemeinschaft Betroffener sexualisierter Gewalt in der EKD. Wir sind acht ehemalige zurückgetretene oder formelle Noch-Mitglieder des gescheiterten Betroffenenbeirats. Als unabhängiger Expert*innenverbund arbeiten wir gemeinsam an unterschiedlichen Projekten.

Vieles in Ihrem Bericht, Herr Bischof Meyns, ruft bei uns Kopfnicken hervor. *Wir wertschätzen prinzipiell den Weg, den die EKD und die Diakonie mit der Berufung des Beauftragtenrats sowie dem 11-Punkte-Plan eingeschlagen hat. Anderes finden wir diskussionswürdig.*

Keine bequemen Lösungen

Eines möchten wir unterstreichen: Es wird für die EKD und die Diakonie keine bequemen Lösungen geben. Der 11-Punkte-Plan könnte den Anschein erwecken, als wäre es möglich, etwas abzuarbeiten und dann abzuhaken. Das trifft nicht zu.

Die unlängst verabschiedete Musterordnung etwa berührt grundsätzliche Fragen wie den darin angesetzten Bemessungsrahmen von Anerkennungsleistungen. Dieser orientiert sich an Schmerzensgeldstandards aus Zivilrechtsverfahren. Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren, keine eigenen, angemesseneren Standards der "Anerkennung" setzen, wird dieses Streitthema die Glaubwürdigkeit der Kirche und alles, wofür sie steht, weiter erodieren. Diese und andere Fragen sind mit Verabschiedung der Musterordnung noch lange nicht geklärt.

Es geht um Sie und nicht um die Betroffenen

Wir kommen zu der von Ihnen, Herr Meyns, angesprochenen Betroffenenpartizipation. Immer wieder lesen oder hören wir, dass unsere Anliegen gehört werden müssen. Wir erfahren in den Medien Dank von Kirchenvertreter*innen, dass wir die EKD unterstützen. Wir schätzen es, dass Sie, Herr Meyns, diesem Irrglauben in Ihrem Bericht nicht aufgesessen sind. Sie haben erkannt, dass nicht wir es sind, sondern dass es die Kirche ist, die ein Problem hat. Sie ermöglicht uns nichts. Wir ermöglichen ihr ein Vorankommen in einem längst überfälligen Prozess.

Unser Engagement ist aber kein Beleg für eine funktionierende kirchliche Selbstbestimmung bei diesem Thema. Vereinnahmen Sie uns nicht dafür. Uns geht es um das "Stopp!", um das "Nicht mit uns!", um das "Nie wieder!". Wir engagieren uns für alle Betroffenen sexualisierter Gewalt. Und wir machen das, weil wir möchten, dass Sie als Organisation, in der die Taten geschahen und geschehen, Verantwortung übernehmen. Es ist traurig genug, dass wir es sind, die das einfordern müssen. Es kostet uns Überwindung, unendliche Mühen und mitunter auch schlaflose Nächte. Bitte klopfen Sie uns dafür nicht auf die Schultern. Handeln Sie lieber – schnell und mit Nachdruck!

Auf Augenhöhe

Ihre Idee von Beteiligung sieht wie folgt aus: Als Betroffene dürfen wir schriftlich Stellung zu unterschiedlichen Themen nehmen. EKD-Gremien entscheiden dann, was sie berücksichtigen wollen oder auch nicht. Ohne dass wir Einfluss auf den weiteren Prozess haben. Das, meine Damen und Herren, ist keine Beteiligung. Das ist Rosinenpickerei: Nehmen was schmeckt, weglassen, was heilend aber bitter ist. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Verlangen Sie von traumatisierten Menschen nicht, sich noch einmal zu Abhängigen in Ihrem Machtgefüge zu machen. Verlangen Sie von uns nicht, uns den Mühlen Ihrer Institution zu unterwerfen.

Sie sprechen gerne von "auf Augenhöhe". Das ist der von Ihnen angedachte Prozess nicht. Augenhöhe bedeutet für uns, dass Betroffene in den sie betreffenden Angelegenheiten für eine Kontrolle der Kirche sorgen, Einfluss auf die Entscheidungen haben und für ihre Expertise angemessen honoriert werden.

Pflicht zum Wandel

Wer einen Wandel möchte, muss sich darauf einlassen! Mit allen Konsequenzen. Glaubt noch irgendjemand, dass es um Anpassungen und Korrekturen geht? Nein, es geht um Verbrechen, um Vertuschung, um institutionelle Abwehrmechanismen! Es ist nicht akzeptabel, dass überführte Täter*innen in der Kirche weiterbeschäftigt werden, gar in Stellungen, in denen sie regelmäßig Kontakt zu Minderjährigen haben. Es kann nicht sein, dass Vertuschende und Abwehrende nicht zur Rechenschaft gezogen werden, *als sei das ein Kavaliersdelikt*. In solch einer Kultur dürfen Kitaträgerinnen anzeigende Familien diffamieren. In solch einer Kultur klären Gemeinden und Kirchenkreise ihre internen Probleme selber. In solch einer Kultur, meine Damen und Herren, ist alles möglich.

Wir haben den Eindruck, dass Sie an allen Ecken und Enden Grundsatzarbeit leisten müssen. Und ja, dazu benötigen Sie unsere Expertise. Also behandeln Sie uns wie Expertinnen und Experten. Überzeugen Sie uns und die Öffentlichkeit von Ihrem Willen zur Verbesserung, von Ihrer Handlungskompetenz. *Ein schwerfälliges föderales System darf keine Ausrede für Gestaltung, Pragmatismus und Priorisierung sein.*

Nötig ist ein radikaler Wandel der Kirchenkultur im Umgang mit Missbrauch. Kirche darf nicht zuerst für ihre Angestellten da sein, für ihre Täter und Täterinnen, für ihre Vertuscher und Vertuscherinnen, für ihre Aktendeckel-zu-und-weg-Sortierer*innen. Wir sprechen über eine Kirche, die Werte, Maßstäbe und Mechanismen entwickelt, die ihre Mitglieder und die ihr Anvertrauten schützen. Eine Kirche, die willens und in der Lage ist, diese Werte und Maßstäbe auf allen Ebenen durchzusetzen und zu leben. Ein sporadisch tagender Beauftragtenrat allein reicht dafür nicht aus.

Wir möchten Sie endlich ernst nehmen können

Der EKD fehlen eine gemeinsame Vision und Zielsetzung für den Umgang mit Vertrauensmissbrauch, übergriffigem Verhalten und sexuellem Missbrauch. *Der 11-Punkte-Plan kann kein Bild davon ersetzen, was Kirche in Zukunft mit Blick auf sexuellen Missbrauch sein möchte, und auch nicht, was die EKD auf dem Weg dahin erreichen möchte.* Ohne Vision und klare, überprüfbare Ziele Ihrerseits, bleibt auch das Ziel der Betroffenenbeteiligung unklar. Uns jedenfalls fehlt ein in der Sache kompetentes zu beratendes Gegenüber.

Wir begrüßen mehrheitlich die neue Initiative des Beauftragtenrats, durch eine unabhängige Beteiligungsexpertin ein Modell für eine zukünftige Beteiligung zu erarbeiten. Aber lassen

Sie uns eines ganz deutlich sagen: Die Konstituierung eines neuen Betroffenenbeirats unter diesen Umständen kommt für uns nicht in Frage.

Von guten Beispielen lernen

In vielen Bereichen beweist die EKD Gestaltungswillen und Handlungskompetenz, etwa in der Flüchtlingshilfe oder in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus. In Sachen sexueller Missbrauch existieren diese klare Haltung, der Konsens und der Handlungswille bis heute nicht. Sie, als gewählte Synodale, haben die Macht, das zu ändern. Fordern Sie gute Führung und konsequentes Handeln im Rahmen einer Kirchenkultur ein, die dem ethisch-moralischen Selbstverständnis der Christen und Christinnen in Ihren Kirchen gerecht wird. Übernehmen Sie Verantwortung! Sie können Kirchengeschichte jetzt neu schreiben.

Unterzeichnende: Nicolai Blank, Karin Krapp, Christiane Lange, Sophie Luise (Pseudonym), Nancy Janz, Elsa Manuela Nicklas-Beck, Matthias Schwarz, Harald Wiester